

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

.....

Januar 2017

Videoüberwachung am Marienplatz kommt entgegen den Stimmen der Stadtvertreter der LINKEN und anderer

Vorfälle unterschiedlichster Art auf Schwerins zentralem Platz haben auch hierzulande eine Debatte darüber ausgelöst, wie man die Sicherheitslage verbessern kann.

CDU, UB und SPD sehen die Lösung darin, den Platz mit Kameras zu überwachen. Dabei ignorieren sie, dass die wenigen Studien, die es zur Wirkung von Videoüberwachung gibt, eines sehr deutlich zeigen. Kameras verhindern keine Straftaten und auch das subjektive Sicherheitsgefühl steigt eher durch das Vorhandensein von Personal, anderen Menschen oder Notrufsäulen. Zudem weichen Straftäter häufig auf nicht überwachte Bereiche aus.

Fraktionschef Henning Foerster wies in der Debatte darauf hin, dass Kriminalität und im schlimmsten Fall

Terrorismus gesellschaftliche Probleme seien. Sie zu bekämpfen erfordere verschiedenste Ansätze, Kameras seien die billigste und oft auch die schlechteste. Sie würden lediglich Symptome filmen und nichts an den Ursachen ändern. Es sei belegt, dass am ehesten Polizeibeamte in der Lage sind bei Vorfällen schützend einzugreifen, daher sollte es zunächst weiterhin eine hohe Polizeipräsenz geben. Zudem müssten präventive Maßnahmen verstärkt werden.

DIE LINKE lehnt Videoüberwachung auch mit Blick auf Datenschutzaspekte als unverhältnismäßig ab. 98 Prozent der Marienplatznutzer seien friedlich.

„Geht Sicherheit nur dadurch, dass Freiheit geopfert wird, dann geht am Ende beides verloren“, sagte zu recht einst Benjamin Franklin.

Winterdienst muss besser werden

Unbestritten waren der plötzliche Wintereinbruch und die mangelnde Beräumung von Straßen im Stadtgebiet ein Ärgernis. Von Totalversagen zu sprechen, wie es die Unabhängigen Bürger polemisch taten, wird jedoch der Arbeit vieler Kolleginnen und Kollegen der SDS nicht gerecht.

Jetzt gilt es das Problem zu analysieren und die richtigen Schlüsse zu ziehen, sagte Fraktionsvize Gerd Böttger in der Debatte. Er schlug vor, innerhalb der kommunalen Unternehmen nach Unterstützungsmöglichkeiten zu schauen. Da niemand genau voraussagen könne, ob es einen richtigen Winter gäbe oder nicht, sei es schwierig bei der SDS vorsorglich mehr Personal bereitzuhalten.

Zudem sollte ein früherer Beschluss zum Einsatz von Streusalz überdacht werden. Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer sei ein ebenso hohes Gut, wie der Schutz der Umwelt.

Flexible Öffnungszeiten für Kindertagesstätten

Da das Thema im Rahmen der 13. Fortschreibung der KITA Bedarfsplanung unter den Tisch gefallen ist, greift es DIE LINKE nun erneut auf. 2017 solle über alle Einrichtungen in der Stadt einheitlich der Bedarf erhoben werden, so Fraktionschef Henning Foerster.

Dabei müssten auch die Elternvertretungen eingebunden werden. Häufig sei schon eine Verlängerung der Öffnungszeiten um eine halbe Stunde morgens und abends hilfreich, insbesondere für Eltern.

2018 soll dann im Rahmen eines Modellprojektes die tatsächliche Inanspruchnahme eines solchen Angebotes erprobt werden.

Dieses Thema wird jetzt in den Ausschüssen weiter beraten.

.....

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Was tun mit dem Betreuungsgeld?

Einst als Herdprämie geschmäht und schließlich vom Bundesverfassungsgericht kassiert, nun auch in Schwerin Streitpunkt zwischen den Fraktionen. Dabei sollte man sich doch eigentlich über den zusätzlichen Geldsegen von 670 Tausend Euro freuen. Was war passiert?

Die Verwaltung und die Vertretung hatten Mitglieder in eine gemeinsame Arbeitsgruppe entsandt, die über Trägeranträge zur Verwendung der Mittel beriet. Mit Ausnahme der SPD war man sich einig Projekte zu fördern, die langfristig wirken. So sollten beispielsweise Unterstände für den Waldkindergarten oder Kleincomputern zur Dokumentation der Entwicklung von KITA Kindern finanziert werden. Mit Ausnahme der SPD war man sich einig.

Diese nutzte die Stadtvertretung um eine sechsmo-natige Elternentlastung für Krippenkinder zu fordern. Wolfgang Block, Jugendhilfeausschussvorsitzender und Stadtvertreter der LINKEN machte deutlich, dass dieser Vorschlag nicht nachhaltig sei. Für 30 Prozent der Eltern zahle die Stadt den Elternbeitrag, Eltern von Kindergarten und Hortkindern würden leer ausgehen. Eine wirkliche Entlastung gäbe es dann, wenn KITA und Hort kostenfrei wären.

Nun werden die Ausschüsse weiter beraten.

Aufklärung über Erste Hilfe an Schweriner Schulen

Eine sachgerechte Erste-Hilfe-Leistung ist nur dann möglich, wenn die entsprechenden Kenntnisse in die Allgemeinbildung der Bevölkerung Eingang finden. Das kann insbesondere dadurch erreicht werden, dass die Schülerinnen und Schüler bereits während ihrer Schulzeit dem Alter entsprechend an diese Thematik herangeführt werden.

Im Sinne des sozialen Lernens sollte neben den Unterrichtsthemen aus dem Bereich der Ersten Hilfe entsprechend den Lehrplänen aller Jahrgangsstufen eine komplette Erste-Hilfe-Ausbildung angeboten werden. In anderen Bundesländern gibt es derzeit verschiedene Projekte, um schon die Jüngsten für dieses lebenswichtige Thema zu sensibilisieren.

Dazu zählt zum Beispiel das mit dem Bundesförderpreis ausgezeichnete Projekt „Jeder kann ein Held sein“. Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Sicherheit im inneren Schulbereich ist zudem eine adäquate Fortbildung des Lehrekollegiums sowie der Verwaltungskräfte an Schulen. Wie es um die Situation an Schwerins Schulen steht, soll jetzt auf Antrag der Linksfraktion ein Bericht zeigen.

INTOWN muss Verträge einhalten

In einer aktuellen Stunde thematisierte DIE LINKE die Unterbrechung der Wärmeversorgung in den von der WGS an die Firma INTOWN verkauften Wohnungen. Aufgrund von Störungen an der Hausanlage für deren Beseitigung der Hauseigentümer zuständig ist, blieben zahlreiche Wohnungen mitten in der Heizperiode kalt.

Vielfach schlugen Versuche den Vermieter diesbezüglich zu kontaktieren ebenso fehl, wie Versuche der Mieterinnen und Mieter selbst eine Reparatur der Hausanlage zu beauftragen. Erst nach Medienberichten reagierte der Vermieter. Fraktionschef Henning Foerster forderte die INTOWN daher auf, die Verträge einzuhalten und regte an, die betroffenen Mieterinnen und Mieter zu entschädigen.

Zudem solle die Firma zukünftig ein Notfalltelefon für derartige Fälle einrichten. Ansonsten werde das Vertrauen der Mieterinnen und Mieter beschädigt.

Bemerkenswert war der Redebeitrag der CDU. Da war von Schrottimmobilen die Rede, in denen immer wieder mit Havarien zu rechnen sei. Deshalb solle die Stadt froh sein, dass die städtische WGS diese nun los sei.

weitere Anträge verwiesen

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit konnten zahlreiche Anträge nicht mehr debattiert werden und wurden direkt in die Ausschüsse verwiesen.

Dazu gehört auch ein Antrag mit dem DIE LINKE Auskunft über das Verfahren begehrt, mit dem schulpflichtigen Kindern der Schulbesuch ermöglicht wird. Im Herbst 2016 war es zu erheblichen Engpässen gekommen. Eine Anfrage der Linksfraktion wurde zwei Monate gar nicht und im Dezember nur unzureichend bearbeitet.

Linksfraktion trifft Anwohnerinitiative und informiert sich zu KITA Projekt

Aus erster Hand wird sich der AK Wirtschaft der Stadtfraktion über die Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner der Straße Großer Moor und am Schlachtermarkt informieren. Unabhängig von der Entscheidung in der Sache sollen die Argumente und Einwände gegen die Planungen der Verwaltung zunächst gehört werden.

Parallel trifft sich der AK Soziales mit der Geschäftsführung der städtischen KITA gGmbH. Hier geht es um die schon erwähnte Anschaffung von Minicomputern zu Dokumentationszwecken, welche den Erzieherinnen und Erziehern auch neue Freiräume für die Betreuung der Kinder eröffnen soll.